

Bezugspreis:
Hefenpreis 20.- M., monatl. 2.- M.,
drei bis sechs Monate 5.- M., ein-
jährig 10.- M., einjährig für
Frankreich, Belgien, das Saar- und
Elsaßgebiet, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Belgiens, Österreichs,
Lithauens und Preussens 12.- M., für
das übrige Ausland 15.- M. Post-
bestellungen nehmen an Österreich,
Ungarn, Litauen, Estland, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Drumwirt“ und der
Beilage „Stadtaus und Kleingarten“
erscheint wöchentlich zweimal, Son-
tags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moriaplan 1575-97
Expedition Moriaplan 11753-54

Donnerstag, den 23. Februar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeiger-
Abteilung Moriaplan 11753-54

Anzeigenpreis:
Die regelmäßige Anzeigen-
spalte 2.- M. „Kleine Anzeigen“
nach festgesetzter Rate 2.- M. (je-
weilig zwei festgesetzte Worte). Jedes
weiteres Wort 1,50 M. Erstveröffentlichung
und Schlussveröffentlichung des ersten
Wortes 1,50 M., jedes weitere Wort
1.- M. Worte über 10 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten 50% - M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leitungsgeldes.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Sonderdruck, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Bestauf-
zeit von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Ein Sachleistungsplan für Deutschland

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst teilt mit: Ueber den Zweck der Anwesenheit einer Delegation der Reparationskommission in Berlin werden verschiedene Andeutungen gemacht, die nicht ganz zutreffend sind. Tatsächlich hat die Delegation der deutschen Regierung einen Vorschlag überreicht, der darauf hinausläuft, die Sachlieferungen im Betrage von 1450 Millionen Goldmark, wie sie in Cannes vereinbart wurden, nicht nur an Frankreich, sondern an alle alliierten Staaten abzuführen, und zwar so, daß Frankreich Sachlieferungen im Betrage von 950 Millionen Goldmark erhält, und die Sachlieferungen für den Rest von 500 Millionen Goldmark auf die übrigen Ententestaaten verteilt werden. Weiter soll nach dem Vorschlag das bisherige System, nach dem alle Aufkäufe über behördliche Stellen gehen müssen, fortfallen und der freie Verkauf gestattet werden, so daß z. B. die französischen Käufer die Beträge für die aufgekauften Waren direkt an ihre Regierung abführen, und diese die so erzielten Einkünfte aus das deutsche Reparationskonto gutschreibt. Die für das Reparationskonto gutschriebenen, in Wirklichkeit deutschen Unternehmern zuzurechnenden Beträge werden dann nach dem Vorschlag der Delegation der Reparationskommission den Gläubigern von der deutschen Regierung sofort ausgezahlt. Ueber Einzelheiten des Vorschlages werden zurzeit noch Verhandlungen geführt, da sich bezüglich der Durchführung des Vorschlages mancherlei Schwierigkeiten ergeben haben.

Ueber die Vorschläge meldet III. noch folgendes: Sicherungen gegen eine über den Zweck des Wiederaufbaues hinausgehende Verwendung, insbesondere gegen Weiterexport auf dem Weltmarkt, sind bisher nicht vorgesehen. Im einer Inflation in den Abnehmerländern entgegenzuwirken, wird noch ein weitergehender Kreditplan erörtert, dessen Grundzüge zurzeit offenbar in Paris bearbeitet werden. Es ist anzunehmen, daß schon in den nächsten Tagen außer der Regierung auch die zuständigen parlamentarischen Stellen sich ausführlich mit diesen neuen Plänen befassen werden.

Oberschlesien.

Schwierige Abschlussverhandlungen in Genf.
Genf, 22. Februar. (WZ.) Die Arbeiten des weitläufigen Teiles der Unterausschüsse sind bereits beendet, aber auch die Arbeiten der anderen Ausschüsse sind sowohl geblieben, daß nunmehr ein Ueberblick über den Stand der deutsch-polnischen Verhandlungen möglich ist. So hofft man, daß das gesamte Vertragswerk gegen Ende der nächsten Woche erledigt sein werde, jedoch können die Unterzeichnungsformalitäten erst später erfolgen, da der Vertrag einen sehr großen Umfang hat, viele Hunderte von Paragraphen umfaßt, die schwierigsten technischen Probleme behandelt wird, außerdem die Herstellung des französischen Textes und seine Anpassung an den maßgebenden deutschen und polnischen Wortlaut sorgfältigste Redigierung erfordert.

Ein abschließendes Urteil über das Ergebnis der Verhandlungen läßt sich noch nicht abgeben. Die Zahl der einzelnen Streitpunkte ist jedenfalls seit Beginn der Verhandlungen erheblich geringer geworden. Aber bei den noch unerledigten Streitfragen haben sich die Meinungsverschiedenheiten eher noch verschärft. Im wesentlichen warten noch Probleme des Unterausschusses 5 (Waffenfragen), 7 (Gewerkschaftsfragen), 10 (wichtige Liquidationsfragen), 11 (Winderheitsfragen), 12 (zwischenstaatliche Organisationen) der Lösung. Präsident Calonder wünscht, daß auch in diesen Fragen eine unmittelbare Einigung zwischen den Beteiligten unter Vermittlung des Schiedsrichters erfolgen möge. Es ist aber sehr fraglich, ob eine solche Einigung zu erreichen sein wird. Uebrigens schweben noch eine Anzahl von Nebenvertragsverhandlungen, die in Vosen (Banken), in Warschau (Elektrizität), in Berlin (Teilung der Knappschaffen) usw. geführt werden.

Besonders stark ist der Gegensatz in der Winderheitsfrage. Die polnischen Vertreter wollen lediglich Einfügung des Winderheitsvertrages vom 28. Juni 1919 in das deutsch-polnische Abkommen. Nach deutscher Auffassung ist eine solche Uebertragung auf die oberschlesischen Verhältnisse schon deshalb unmöglich, weil jener Vertrag den unlöslichen Zusammenhang zwischen Winderheitsrechten und Wirtschaftsfragen, wie er in Oberschlesien besteht, nicht berücksichtigt. Die deutsche Vertretung im 11. Unterausschuss bringt daher auf strengste Präzisierung aller Anwendungsmöglichkeiten des Winderheitsgesetzes in einzelnen.

Die Arbeiten im 12. Unterausschuss werfen außerordentlich schwierige juristische Fragen auf, so die künftigen Beziehungen der gemischten Kommission zu den Landesbehörden und zu den Völkerbundeinrichtungen, wie Völkerbundrat und Ständigen Internationalen Gerichtshof. Nur in unauflöslichem Zusammenhang mit den übrigen Teilen des Vertrages ist eine befriedigende Lösung dieser komplizierten Probleme denkbar. Aber auch hier bestehen noch Meinungsverschiedenheiten. So wollen die Polen die Winderheitsfrage von der Zukünftigkeit der gemischten Kommission ausschließen und bei Klagen der Bevölkerung nur den Appell an den Völkerbundrat zulassen.

Der gegenwärtige Stand der Verhandlungen beweist von neuem, was übrigens stets von deutscher Seite vorausgesagt wurde, daß es leichter ist, eine wirtschaftliche und kulturelle Einheit zu erschaffen, als sie nachher wieder zusammenzuleimen. Immerhin ist man sich auf deutscher Seite und wohl auch auf polnischer darüber klar, daß die gegenwärtigen Verhandlungen nicht nur für den Abschluß des Genfer Abkommens entscheidend sind, sondern auch als Prüfstein für die künftigen deutsch-polnischen Beziehungen überhaupt und die allgemeineren direkten Verhandlungen, die später zwischen den beiden Ländern notwendig werden und in Genf natürlich nicht berührt werden können, dienen werden. Wenn jetzt Verstimmungen zurückbleiben, wird auch der Boden für die Zukunft verdorben sein. Auf jeden Fall aber ist für Deutschland in den gegenwärtigen Einigungsbemühungen bei aller Verhältnismäßigkeit nur ein Ausgleich möglich, der nicht den Lebensinteressen des Reichs wie den Rechten der ober-schlesischen Bevölkerung widerspricht. Auch lassen die deutschen Bevollmächtigten keinen Augenblick einen Zweifel darüber bestehen, daß selbstverständlich eine Einigung in den hier zu lösenden Fragen, so vollständig sie auch sein mag, das schwere Unrecht nicht aus der Welt schaffen kann, das der Beschluß vom 20. Oktober dem deutschen Volk und dem losgerissenen Teil Oberschlesiens zufügt.

Der deutsche Gesandte in Bern, Dr. Adolf Müller, weite gestern und vorgestern in Genf, um dem Präsidenten der deutsch-polnischen Konferenz, Herrn Calonder, und dem deutschen Bevollmächtigten einen Besuch abzustatten und mit ihnen in den zur Verhandlung stehenden Angelegenheiten Rücksprache zu nehmen.

Ein litauisches Problem.

Es ist bekannt, daß der Völkerbund es abgelehnt hat, die Wahlen zum polnischen Rumpparlament in Wilna als eine Willensäußerung der Wilnaer Bevölkerung zu betrachten. Die vorgesehene Volksabstimmung in der Provinz Wilna hat demnach nicht stattgefunden. Nach dem bisherigen Verhalten der polnischen Regierung kann es nicht wundernehmen, wenn sie trotzdem mit beiden Händen zugreift und das Gebiet von Wilna, das ein dahinsinkendes Botum des Rumpparlamentes über sich ergehen lassen mußte, nunmehr als zu Polen gehörig betrachtet. Hier haben wir die blinde Fortsetzung jener Politik, die aus dem Rationalistat Polen einen Rationalistatstaat mit den widersprechendsten Interessen macht. Die zwangsläufig Einverleibten drohen die Einheit zu durchbrechen. Wohin eine derartige Politik führt, hat das alte Österreich-Ungarn bewiesen. Es zeugt von wenig Weisheit, wenn Frankreich Milliarden in derartige Unternehmen steckt, und es ist bezeichnend, wenn England es ablehnt, für die so geartete Grenzziehung im Osten Garantie zu leisten. Was er von der Politik Polens hält, hat Lloyd George anlässlich des zweiten Aufstandes in Oberschlesien deutlich genug gesagt und von anderer Seite fiel einmal im Völkerbund, als die Wilnaer Frage auf der Tagesordnung stand, das etwas drastische, aber sehr richtige Wort vom europäischen Standal.

Dieser europäische Standal wird, also vorläufig auch weiter Europa zieren, während England in Irland und Ägypten sich ernsthaft mit dem Rationalistatprinzip und dem Recht der kleinen Völker auseinandersetzt. Trotzdem bleibt die Wilnaer Frage ein litauisches Problem. Litauen und Polen gehören dem Völkerbunde an. Polen hat dem Völkerbunde einen Schloß ins Gesicht versetzt, was nach unserem unmaßgeblichen Empfinden nicht weniger schmerzhaft sein dürfte, wenn es auch nicht die erste Ohrfeige ist, die von polnischer Seite kommt. Wird der Völkerbund sich, wird er Litauen Genugtuung zu verschaffen wissen? Die hohe Institution des Völkerbundes besaßt sich doch angeblich in erster Linie mit derartigen Problemen.

Im Haag ist soeben der Weltgerichtshof zusammengetreten. Man hat dies Ereignis mit starker innerer Genugtuung begrüßt. Da die im Suwalki-Vertrag zwischen Litauen und Polen festgelegten Grenzen sich noch immer der weitestgehenden Nichtachtung Polens erfreuen, ist Litauen an Polen mit dem Ersuchen herangetreten, diese Streitfrage, die eigentlich gar keine mehr ist, einem internationalen Gerichtshof zu unterbreiten. Wird Polen, Mitglied des Völkerbundes, von dem Anerkennen Gebrauch machen? Wird sich der Weltgerichtshof Litauens, wird er sich des in Wilna verletzten Rechts annehmen und das Ansehen der Völkerbundsdeide wiederherstellen? Oder glaubt man der Welt das Schauspiel einer polnisch-französischen Schilleraufführung nicht entziehen zu dürfen: „Kam in Arm mit dir fordere ich mein Jahrhundert in die Schranken“?

Deutsch-litauische Finanzverhandlungen.

Zu den am 27. d. Mts. in Kowno beginnenden deutsch-litauischen Finanzverhandlungen begeben sich von deutscher Seite nach Kowno: Oberregierungsrat Grabenhorst als Vorsitzender, Geheimrat Focke und Kron-Wolfgang vom Reichswirtschaftsamt, ferner die Direktoren von Roy und von Hängl von der Darlehnskasse Olt. Ein Mitglied der deutschen Vertretung in Kowno wird den Verhandlungen beiwohnen. Die litauische Delegation, zu der hohe Staatsbeamte und führende Wirtschaftler gehören, steht unter Leitung des Direktors der litauischen Unionbank Wailaitis und des früheren russischen Staatskontrollrats und Außenministers Potrowski als Stellvertreter.

Anwalt und Verfassungstreue.

Von Wolfgang Heine.

Eine interessante Anklage vor dem Ehrengericht der Anwaltskammer zu Potsdam ist gegen den Rechtsanwalt Max Falkensfeld in Frankfurt a. d. O. erhoben worden und hat mit seiner Freisprechung geendet. Der Fall verdient allgemeines Interesse und ist von grundsätzlicher Tragweite.

Während der Kapp-Zage hatte sich in Frankfurt a. d. O. der Generalmajor Gräter, Kommandeur der dortigen Reichswehrabteilung, der öffentlichen Gewalt in geschwundriger Weise bemächtigt. Er erließ Proklamationen für die Kapp-Regierung, rief die Polizeigewalt an sich, ließ eine Anzahl Bürger, darunter auch den Landtagsabgeordneten Faber und einen Stadtverordneten, verhaften. Als diese Gewalt Herrschaft, die nach dem Sturze von Kapp zu ersthöchsten Zusammenstößen zu führen drohte, durch Eingreifen des Reichswehrministeriums beseitigt war, stellte Rechtsanwalt und Stadtverordneter Falkensfeld, der ebenfalls mit Verhaftung bedroht worden war, Strafantrag beim Oberreichsanwalt gegen General Gräter. Dies Strafverfahren wurde nach Vernehmung einer Anzahl von Zeugen auf Grund des Amnestiegesetzes eingestellt. Rechtsanwalt Falkensfeld hatte aber auch Zivilklage auf Schadenersatz für durch die willkürlichen Maßnahmen des Generals Gräter Beschädigte erhoben.

In einem dieser Prozesse ist Gräter bereits verurteilt. In einem anderen beschloß das Gericht, die Akten des Strafverfahrens vom Oberreichsanwalt einzufordern. In der folgenden mündlichen Verhandlung im Zivilprozeß wurden, wie es in dem Protokoll heißt, „die Akten vorgelegt“, d. h. formell zum Gegenstand der Verhandlung gemacht und dann den beiden Anwälten, die nähere Kenntnis von ihrem Inhalt nehmen wollten, nach Hause verabfolgt. Rechtsanwalt Falkensfeld entnahm Abschriften der Aussagen von General Gräter und mehrerer Zeugen und veröffentlichte diese im Rahmen eines Artikels über die Kapp-Zage in der sozialdemokratischen „Volksstimme“. Interessant war an diesen Protokollen u. a., daß nach Angabe von militärischer Seite ein Mitglied des Gerichts in Frankfurt a. d. O. die Anregung zu den Verhaftungen gegeben haben sollte. Der Name wurde nicht genannt.

Wegen dieser Veröffentlichung erhob der Generalstaatsanwalt beim Kammergericht Anklage vor dem Ehrengericht der Anwaltskammer für die Provinz Brandenburg in Potsdam mit der Anschuldigung, Rechtsanwalt Falkensfeld hätte gegen seine Berufspflicht verstoßen, indem er aus einem ihm vom Gericht übergebenen Aktenstück Veröffentlichungen vorgenommen hätte. Der Staatsanwalt vertrat die Ansicht, daß alle solche dem Anwalt vom Gericht übergebenen Aktenstücke als geheim zu behandeln wären.

Die Presse und die Anwaltschaft haben ein dringendes Interesse an diesem Fall. Es ist zu bemerken, daß das Strafverfahren gegen Gräter abgeschlossen war und deshalb das Verbot der Veröffentlichung von Aktenstücken nach § 17 des Pressegesetzes nicht bestand. Es lag daher keine Verletzung vor, die die Veröffentlichung von Schriftstücken aus Akten im Interesse der Reichssicherheit unzulässig gewesen wäre. An die Uebergabe der Akten hatte das Gericht eine Bedingung zur Geheimhaltung nicht geknüpft. Eine solche wäre auch unberechtigt und undurchführbar gewesen, weil die Akten bestimmt waren, in der öffentlichen mündlichen Verhandlung im Zivilprozeß vorgelesen zu werden, und niemand Herrn Rechtsanwalt Falkensfeld hätte hindern können, die Protokolle dort zu verlesen und dann selbst oder durch einen Gerichtsberichterstatter veröffentlicht zu lassen. Daß die Protokolle für die Feststellung der Wahrheit des Beklagten zum Schadenersatz erheblich waren, wird nicht angezweifelt.

Man wird nicht behaupten wollen, daß ein unbedingtes Recht besteht, alles, was aus dem Gericht vorgelegten Akten hervorgeht, in die Presse zu bringen. Eine billige Rücksichtnahme auf private Interessen wird man von dem Rechtsanwalt verlangen müssen. Einer Prozeßführung, die — wie man zu sagen pflegt — über Leiden geht, möchte ich gewiß nicht das Wort reden, und eine unnötige, nicht durch die Rücksicht auf die Bedürfnisse des Klienten oder die Bedeutung des Falles für die Allgemeinheit gebotene Inanspruchnahme der Presse hat auch nach meiner Meinung erhebliche Bedenken gegen sich. Hier aber war nach den Umständen des Falles und der Persönlichkeit des Herrn Rechtsanwalts Falkensfeld jede Reflexionsabsicht völlig ausgeschlossen und wurde auch nicht von der Staatsanwaltschaft behauptet.

Je mehr Reserve sich der Anwalt aber mit allen Veröffentlichungen auferlegen muß, die den Schein des Egoismus, der Rücksichtslosigkeit und Gehässigkeit zu erwecken geeignet sind, um so entschlossener nehme ich für ihn das Recht in Anspruch, öffentlich bekannt zu geben, was für die Öffentlichkeit von Bedeutung ist, und zu dessen Geheimhaltung eine besondere Verpflichtung nicht besteht. Es gibt keine „geheimen“ Gerichtsakten außer denen, deren Veröffentlichung durch die Rücksicht auf Geheimnisse der Landesverteidigung ausgeschlossen ist, und es gibt kein Verbot der

Beröffentlichung außer gewissen Spezialbestimmungen, z. B. des § 184 b des Strafgesetzbuches und § 17 des Preßgesetzes.

Die Feststellung der verbrecherischen Vorgänge aus den Kapp-Tagen entsprach um so mehr einem allgemeinen Interesse, als durch die Einstellung des Verfahrens auf dem Wege der Amnestie falsche Vorstellungen im Publikum entstehen konnten.

Die Wahl des Reichspräsidenten.

Die Herren Hergt und Kohl haben sich im Reichstage bei der Beratung des Etats des Reichspräsidenten danach erkundigt, wann die von der Verfassung vorgesehene Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk erfolgen werde.

Der Reichspräsident hat wiederholt darauf gedrungen, daß die Wahl so rasch wie möglich vorgenommen werden möge.

Als bald nach der Verabschiedung des Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten im Juni vorigen Jahres, habe ich Ihren Herrn Vorgänger im Amte des Reichstanzlers gebeten, zu veranlassen, daß der Reichstag den Tag für die Neuwahl des Reichspräsidenten baldmöglichst bestimmt.

So der Reichspräsident. Regierung und Reichstag haben sich jedoch auf den Standpunkt gestellt, daß zur Ausführung der Verfassungsbestimmung „Wahl des Reichspräsidenten durch das ganze Volk“ die Festsetzung der Reichsgrenzen nach allen Seiten hin notwendig ist.

Fahrelange „Notwehr“.

Warnung vor den Raehnes.

Raehne auf Pehow hat sich mit aller Entschiedenheit darauf berufen, daß er „in Notwehr“ gehandelt habe.

Dafür ein neuer Beweis: In Straubes Hipp-Hipp-Hurra, Fahrer für Wasserwanderer, bearbeitet von Friedr. Eduard Keller, findet sich in der dritten Auflage vom Jahre 1919 auf Seite 199 der folgende Vermerk:

„Unter hohen Strengengedräts (5 Meter über M. W. mit Masten-Kappen) geht es in den herrlichen Windosee. Er weist malerisch schöne Waldufer und Berge auf. Die Ecken sind vorlandig. In die südliche Bucht zeigt das Kirchlein von Pehow den Weg; jedoch, da es Privatbesitz ist, darf man dort nicht anlegen. Man wagt auf Personen, die das Land unbefugt betreten, zu schießen! Also Vorsicht! Nur an der Flegelstange ist Landen möglich.“

Die Heldentaten der schießenden Herren auf Pehow waren also schon vor drei Jahren so bekannt, daß in öffentlichen Führern davor gewarnt wurde.

Die Vernehmung am Tator.

Ueber die erste Vernehmung des Schießgewaltigen v. Raehne erhalten wir diesen Bericht:

Im Amtsgericht in Werder fand am Mittwoch Term in in Sachen Raehne statt. Schon in aller Frühe bildeten sich neugierige Gruppen in dem kleinen Garten des Amtsgerichts.

Um 1/10 Uhr kam vom Potsdamer Staatsanwalt die Nachricht an den Amtsgerichtsrat Eichelkraut, daß der Potsdamer Untersuchungsrichter Haller die Vernehmung am Tator anberaumt habe.

Um 1/11 Uhr erschien am Tator der Untersuchungsrichter, Staatsanwalt Haller, aus Potsdam. Kurz vor 11 Uhr kam v. Raehne mit seinem Förster Wiesbach und seinem Diener in Vivree angefahren.

Für das Gerichtspersonal waren im Freien Tische und Stühle aufgestellt. Von Raehne stellt sich ganz auf den Standpunkt der Notwehr. Bis gegen 4 Uhr dauerte die Untersuchung am Waldestrand und am freien Felde.

Sozialdemokratische Politik.

Vor einer Kopf an Kopf gedrängten Versammlung der Gewerkschaften und Genossen aus der Reichsdruckerei in den „Arminhallen“ sprach Reichstagspräsident Gen. Paul Löbe.

regiert werden könnte — daher die vielen unbefriedigenden Lösungen, mit denen wir uns so oft zu begnügen haben.

Wiederanschluß an die Weltwirtschaft

wert ist, zeigt die große Wandlung der Sowjetregierung in dem Augenblick, wo sich ihr diese Aussicht wieder eröffnete.

unzere Wahlparole

fein: Sollen die Verpflichtungen, denen wir uns nicht entziehen können, weiter von den Arbeitenden gedeckt werden, oder von denen, die unter den Kriegsvorgängen lange nicht ebenso gelitten haben?

Bei Besprechung des letzten Gemeindefeststreichs wies Gen. Löbe nach, wie die Stilllegung der lebenswichtigen Betriebe schließlich zum Kampf innerhalb der Arbeiterklasse selbst führen muß.

Nachdem sich Löbe noch gegen Inhalt und Sprache des Streikverbots wandte, auf die Gefährlichkeit kommunistischer „Reichshoden“ für die deutsche Arbeiterklasse und auf die furchterliche russische Lehre hingewiesen hatte, schloß er mit der Aufforderung, zu wirken für die demokratische Umwandlung des heutigen Staates in den wahren Volksstaat.

Die Spanier ausgeliefert.

Durch das offiziöse Depeschembureau wird mitgeteilt, daß die des Nordes an dem ehemaligen spanischen Ministerpräsidenten Dato beschuldigten Spanier Luis Ricoua Fort und Lucia Joaquina Concepcion, deren Auslieferung von der spanischen Regierung verlangt worden war, gemäß dem deutsch-spanischen Auslieferungsverträge der zuständigen spanischen Behörde ausgeliefert worden sind.

Diese Meldung wird wieder eine Flut von Kommentaren in der internationalen Presse auslösen und die deutsche Regierung dürfte nach mancher Schmeichelei zu hören bekommen.

Das Reichsverleugesetz soll der Weimarer Verfassung angepaßt werden. (Da wird von der Bloßfrucht von 1908 nicht viel übrig bleiben.)

Der Wettlauf mit dem Schatten.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Ein trauriges Spiel geht am: Der Wettlauf mit dem Schatten. Nichts, der, ein Nichtspender, alles bei Bedenken in den Schatten gestellt hat.

Nun wird noch Werner Wolff dirigieren, der eine stille, anständige Brudner-Gemeinde hat, Busch, dessen Aufstieg schneller, dessen Charakter größer ist als seine Dirigentenkapazität, und Walter, der schon ein praktischer Kerl ist, mit propagierender Kraft einen Plünder, Wähler auf den Schild hob und jetzt ein Marschführer von überlicher Klugheit wurde.

Da vertiert sich Käthe Birckel aufs Konzertpodium. Wer so schmund ausieht, mit so laut gebildeter Stimme Heiteres mit leiserer Stimme vorbringt, wer so schamlos in Dialektumoren ein Publikum in Stimmung zu bringen weiß, der sollte den Weg zur Operette, zum leichten Kabarett nicht scheuen.

Ist ihr Klavierpiel, im kraftvollen Hoch-Anschlag (Locata und Fuge D-Moll) noch zuverlässiger, als in einem bloßen Intermezzo Brahms'.

„Der keusche Lebemann“.

Au der Stelle, wo Schnitzlers viel umständlicher „Reigen“ in drunckerunzüchtigen Rhythmus über die Bühne schwingt, kullert nun Guido, der Dicke, über die Bretter, die in diesem Falle aber nicht die Welt bedeuten sollen.

Phantasie anregen, eine unendliche Kette von Mißverständnissen, Verwicklungen und Verwirrungen wird abgeklirrt, bis sie sich endlich zum erwünschten Eberling schlief. Guido Tielscher, als Dirigent der Diva-Comdie, ließ alle Arien des Titrolaten-Komikers springen, und wenn er den Text erst noch etwas besser verstanden, wird die ganze Geschichte noch besser klingen.

Arno-Holz-Abend („Dafnis“ in Wort und Ton im Schwedisch-Saal). In der Vorrede zu seinem Dafnis-Buche sagt Arno Holz: „Schäfer Dafnis, man lerne seine „einfältigen Wälschen“ aber schon auf allen Wärschen und in den Schänden“ — in Wirklichkeit ist es aber noch sehr weit davon entfernt.

Alle Genossen erscheinen pünktlich in unseren öffentlichen Versammlungen

Die preussischen Hochschulen.

Im Landtag führte gestern über den Kultusetat Abg. Dr. Preuß (Dem.) aus: Die einzig mögliche Störung der akademischen Freiheit droht nicht von der Studentenschaft selbst, und zwar dann, wenn die Studenten es nicht fertig bringen, sich in den Staatsorganismus einzuordnen. Nun scheint ja die Selbstbestimmung einzusetzen. Nur die Angehörigen der äußersten Rechten wehren sich dagegen. Die Studenten brauchen die Hilfe des demokratisch-republikanischen Staates. Die Parlementspleieler taugt für die Studenten überhaupt nicht. Wir rufen der jungen Republik zu:

Werde stark!

Der jetzige Geist der Fakultäten erschwert es dem jungen, auf die neue Zeit eingestellten Nachwuchs, durchzudringen. Für eine Regierung aber, die sich für höhere Zwecke und Ziele einsetzt, gibt es wohl Mittel und Wege, diesen Nachwuchs zu unterstützen, z. B. Einrichtung neuer Professuren usw. Diegeheimnisse der Wissenschaftlichen Tätigkeit allein bei den Vertretern der Rechte? (Heiterkeit.) Die neuesten Berufungen sind nur an politisch rechts stehende Herren ergangen. Objektiv wissenschaftlich scheint zurzeit nur zu sein, was in Opposition zur Regierung und zur neuen Zeit steht. Daher sind

Die Unioersitäten heute Fremdkörper

im Volkleben. Bei den Berufungen sollte der Minister darauf achten, daß ein wenig Koalitionspolitik getrieben wird.

Kultusminister Dr. Boelsh:

Mit Rücksicht auf die Auslandsdeutschen kann man ausländische Studenten nicht prinzipiell ausschließen. Aber es darf auch nicht Überdinererei gegenüber dem Ausland getrieben werden. Bei der Berufung wird ein Professor niemals nach seinen politischen Anschauungen gefragt. (Widerspruch links.) Die Studenten und Professoren sind auch durch aus nicht Vertreter eines bornierten Militarismus und Nationalismus. Die Befreiheit darf nicht angetastet werden. Ich bedauere das Verhalten des Professors Stüb. Aber man soll solche Einzelfälle nicht verallgemeinern.

Abg. Scholem (Komm.): An den Hochschulen hat sich seit der Revolution nichts geändert. Die Arbeiterschaft steht ihnen mit verstärktem Mißtrauen gegenüber. Die Hochschulen liefern nur der Reaktion Nachwuchs. Die Studenten stellen die Mannschaften für die Orchestern, Organisationen und die Technische Nothilfe. Wir fordern Befreiung der Fakultäten, insbesondere der theologischen. Daß der Trottel Friedrich Wilhelm III. immer noch als Gründer der Berliner Universität gefeiert wird, die ganz und gar nicht auf sein Konto kommt, ist höchst überflüssig. An der Berliner Universität ist die kommunistische Studentengruppe auf ein Jahr suspendiert worden, weil ein Zeitungsauschnitt mit einer pazifistischen Erklärung angehängt wurde. Die Unioersitätsrichter sind überflüssig. Die Disziplinargeschicklichkeit muß von Lehrern und Studenten nach eigenen Gesetzen ausgeübt werden. Die Verbindungsheuer müssen für Studentenmohngzwecke nutzbar gemacht werden. Von den Sausereien der Auguststudenten sollte eine Luftbarkeitssteuer erhoben werden. Zwischen dem, was Boelsh, und dem, was Haenisch über den nationalen Gedanken usw. gesagt haben, besteht gar kein Gegensatz.

Abg. Dr. Waentig (Soz.):

Zu den unerhörten Fällen Roethe und Stuß gesellt sich der Fall des Hallischen Professors Kester, der im Kolleg geordert hat, daß die Landeslagge auf dem Unioersitätsgebäude auf halbhoft gestellt werde, weil dem Landesvater, dem Reichspräsidenten Ebert, das Unglück passiert sei, daß er von der Sattlergewerkschaft ausgeschlossen werden soll. Die peinigende Aueuerung des Ministers über seine Stellung zum Staat stimmt aus bedenklich. Welchen Geist will er denn in ihn einströmen lassen? Wir fragen ihn: Der Zusammenbruch der demokratischen Republik bedeutet auch den Zusammenbruch der bürgerlichen Wissenschaft und der Unioersitäten. Wir begrüßen die sich anbahnende

Gefundung innerhalb der Studentenschaft

und wünschen, daß der Minister ihre Ausföhrnung mit dem modernen Staate förderi. Wir sind grundsätzliche Anhänger der Selbstverwaltung der Unioersitäten. Aber es hat sich gezeigt, daß sie aus dem

„Film-Tears.“ Zu unserer Mitteilung in Nr. 83 erhalten wir folgende Zuschrift des Presschefs der Ernst-Lubitsch-Film-G. m. b. H.: „Wir haben die Herren aus Bremerhaven abgeholt und waren ebenso wie sie selbst ohne jede Ahnung, daß der von ihnen ironisch akkuzierte festliche Empfang in der Bahnhofshalle geplant war. Man rechnete mit einem Händedruck und dann einer schleunigen Nachhausefahrt. — Aber die Angestellten und Arbeiter der Firma glaubten den beiden Herren, mit denen sie nicht nur als Arbeitnehmer und Arbeitgeber in Beziehung stehen, die vielmehr die Führer einer fast patriarchalisch zusammengeschlossenen Gruppe darstellen, einen festlichen Empfang bereiten zu müssen, und haben das nach ihrem Geschnack getan.“

Wir haben nicht behauptet, daß die Herren Lubitsch und David-John selber die hübsigende Musikkapelle auf den Bahnhof bestellt hätten. Wenn es sich aber wirklich um eine spontane Ovation der Angestellten und Arbeiter handelte, so muß man daraus den Schluß ziehen, daß die Beschäftigung mit dem Kino nicht nur auf den Geschnack des eifrig konsumierenden Publikums, sondern auch auf den der technischen Produzenten unter Umständen verheerend wirken kann.

Ein interessantes Börsenmandoc. Ende der letzten Woche hat sich ein Ereignis abgespielt, das der Vergessenheit entziffen werden muß. Abgesehen von Steuerbeschlüssen der Landwirte, wor die Berliner Brotkarte der einzige Wert, der die allgemeine Steigerung nicht mitemachte. Ihr Kurs ging schließlich soweit zurück, daß sie an der Börse in der Weinmeisterstraße nicht mehr gehandelt wurde. Da schwere wirtschaftliche Verwicklungen drohten, legte sich der verdienstvolle Börsenvorstand, der allseitig beliebte Schiebermarge, ins Mittel. Seine eindringlichen Vorstellungen veranlaßten die Reichsregierung zur Erhöhung des Brotpreises um 75 Proz. Obwohl Schiebermarge eine schärfere Preissteigerung beabsichtigt hatte, gelang es ihm, die mißachtete Brotkarte durch ein glänzendes Bezugsrecht — jeder Käufer einer Karte erhält eine Heilebrotmarke zu Paris — zu einem geschätzten Wertpapier zu machen. Die Hausfrauen rissen sich um die Karten, um sich Brote zum often billigen Preis in Massen auf Vorrat zu legen, und es entwickelte sich eine gewaltige Hausse. Gegen Ende der Woche bezahlten sie jeden Kurs. Sonnabend nachmittag gab es in ganz Berlin kein Brot zu kaufen. Für einen Monat hatten sich die sparamen Hausfrauen eingedeckt. Schneidritz und Dentisten beginnen schon jetzt, für den Anfang April zu erwartenden Ansturm von Patienten Vorkehrungen zu treffen. H. R.

Die Arbeiter-Kunsthändlung. Petersburger Straße 29. erblüht in Anbetracht ihrer kulturellen Bestrebungen von der Stadtverwaltung der Stadt Berlin eine Beihilfe von 5000 M. Die „Arbeiter-Kunsthändlung“ erlangt die K. R. K. ihre Räume zeitweilig zu schätzen. Nunmehr ist die Kunstausstellung wieder wochentags von 1 bis 7 1/2 Uhr, Sonntags von 10 bis 7 1/2 Uhr geöffnet.

Eine kunsthistorische Führung durch das „Graue Kloster“ und die Klosterkirche unter Leitung der Kunsthistorikerin Dr. D. Michaelson veranstaltet der Berliner Wanderverein am Sonntag, den 23. Die Teilnahme von 10 bis 12 Uhr. Treffpunkt am Teilnehmer nachm. 1 1/2 Uhr. Berlin, Alexanderplatz.

Künstlerischer Erfolg der deutschen Marine. Die in Petersburg eingeleiteten deutschen Patroleen veranlassen eine Theateraufführung zum Behen der Damerden des Wolgagebiets. Die Reueinnahme belief sich auf ungefähre 65 Millionen Rubel.

Sumpfe, in dem sie sich heute befinden, nicht allein herauskommen können. Ihre Unfähigkeit hat sich darin gezeigt, daß sie es nicht fertig brachten, das Doktorexamen zu reformieren. Es muß baldigt für alle Wissenschaftszweige ein Abkürferamen geschloffen werden nach Muster der Diplomzeugnisse, denn sonst sind Leute gezwungen, ein Doktorexamen zu machen, die dafür nicht befähigt genug sind. Den Privatdozenten ein Recht auf staatliche Anstellung zu geben, halten wir für gefährlich. Der Staat würde dann wahrscheinlich einen numerus clausus einführen. Die Berufungen müssen öffentlich erfolgen. Eine grundsätzliche Reform der Unioersitäten ist nur möglich, wenn sie in den breiten Massen des Volkes verankert werden. Die Beträge, die für Hochschulkulture für Arbeiter, Betriebsräte usw. eingeseht sind, sind viel zu geringfügig. Es müssen mehr Lehrstühle eingerichtet werden für Wirtschaftspolitik und politische Wissenschaften. Die Berufungen der Nationalökonomien müssen für Spezialfächer erfolgen, wie das in der theologischen und juristischen Fakultät ganz selbstverständlich ist. Mitteldeutschland muß viel mehr als bisher berücksichtigt werden. Wenn wir dort die Volkshochschule haben, dann wird sich die Bevölkerung nicht so leicht zu Puscheln hergeben. Dem Tüchtigen aus dem Volke muß die

Irrele Bahn zur Wissenschaft

geöffnet werden. Die Bildung muß weiter unentgeltlich oder zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung gestellt werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Weyl (U. Soz.): Eine Entpolitisierung der Studentenschaft im Sinne des Ministers bedeutet ein Monopol für den antimilitaristisch-reaktionären Hochschulring. Das Dokument der 93 Professoren zu Beginn des Krieges hat uns unsterblich klamiert. Gerade weil wir gute Nationalisten sein wollen, sind wir Internationalisten. Das gilt insbesondere für unsere Stellungnahme zum Ausländerstudium.

Kultusminister Dr. Boelsh:

Die kommunistische Studentenvereinsung ist mehrfach verwarnet worden. Sie hat Zusage gemacht, die sie nicht gehalten hat. Sie wurde später verboten, weil sie eine Erklärung des Pazifistischen Bundes veröffentlicht hat, die direkte schwere Beschuldigungen und Beschimpfungen der Professoren enthielt. (Hört, hört!) Der Vorsitzende hat selber zu Protokoll das Verhalten seines Vereins nicht gebilligt. Das Verbot ist wegen schwerer Verstöße gegen den akademischen Anstand auf ein Jahr erfolgt und vom Kultusministerium nachgeprüft worden.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. In der Einzelberatung fragt

Abg. Haenisch (Soz.), ob etwa Sabotage des Finanzministeriums die Einrichtung des längst beschlossenen

Strahlen-Instituts an der Berliner Unioersität

verhindert habe. Bei der großen Weisheitsigkeit gegen rechts hätte man gegen die kommunistische Vereinsung nicht so scharf vorgehen brauchen. Sind die Professoren Roethe und Stuß wegen ihrer ungebührlichen Reden im Kolleg zur Ordnung gerufen worden?

Staatssekretär Dr. Becker führt die Verzögerung der Einrichtung des Strahlen-Instituts auf Unterrichtsschwierigkeiten zurück. Sabotage des Finanzministeriums liegt nicht vor.

Abg. Dr. Weyl (U. Soz.) warnt die philosophische Fakultät der Unioersität Greifswald, auch ihrerseits nach Lubendorf zum Ehrendoktor zu ernennen: nach Debrück haben Bismarck und Wolke das Deutsche Reich aufgebaut, Lubendorf und Tirpitz zugrunde gerichtet. (Unruhe rechts.)

Abg. Dr. Preger (Dnat.) weist die Ausführungen gegen Lubendorf zurück: Debrück schreibe gegen ihn nur aus gekränktem Ehrgefühl, weil der Generalstab keine Werke nicht sehr anerkannt habe. Treitschke habe über Debrück sehr abfällig geurteilt.

Abg. Dr. Weyl (U. Soz.): Treitschke ist seit 30 Jahren tot und Debrück lebt.

Es folgt die allgemeine Aussprache zum Abschluß Kunst.

Abg. Erker (Soz.):

Bei den künstlerischen Bestrebungen des Staates müssen solche Persönlichkeiten zur Mitwirkung herangezogen werden, die für die Bedürfnisse des Volkes Verständnis haben. Auf diesem Gebiet ist noch viel Erziehungsarbeit zu leisten, auch in den sogenannten führenden Gesellschaftsklassen. Preußen hat immer

eine starke Hand für die Kunst

gehobt, aber die finanziellen Schwierigkeiten müssen überwunden werden, denn hier handelt es sich nicht um Luxus, sondern um kulturelle Lebensnotwendigkeiten. In den Staatstheatern dürfen die Preise der weniger besuchten Plätze nicht unerschwinglich werden. Wir bedauern den Ausschuh Antrag, eine Landesbühnen-Organisation zu schaffen, um dem Volk billige und gute Vorstellungen zu vermitteln. Eine Planwirtschaft ist nötig auch auf künstlerischem Gebiet. Unsere hervorragenden Künstler sollten aber nicht veressen, daß sie gegen ihr Volk Verpflichtungen haben, und sich durch den Stand der Baluta nicht zu oft ins Ausland loden lassen. Freiheit der Kunst sollte im neuen Staat für jede Richtung selbstverständlich sein. — Belondere Rücksicht verdienen die besetzten Gebiete, denen der Zusammenhang mit unserer künstlerischen Kultur gewahrt bleiben muß. Wenn die Pläne der Kunst zu einem inneren Lebensbestandteil unserer Kultur geworden ist, werden wir unermesslichen Reichtum davon ernten. (Beif. Beifall bei den Soz.)

Nach weiteren Neben vom Zentrum und den Deutschnationalen wird die Weiterberatung auf Donners'ag 12 Uhr vertagt: vorher Verstaatlichung der Polizei im Ruhrgebiet. Schluß gegen 6 Uhr.

Die Gewerkschaften und die letzten Streiks.

In der gestrigen Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission und des Ortskartells des Afa-Bundes in den Reminshallen gab Genosse Vollmerhaus eine anschauliche Schilderung seiner Russlandreise, die er als Begleiter des Transports der ersten Sendung der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale für die hungernden Rusländer unternommen hat. Wir kommen auf die vielfach durch Zwischenrufe unterbrochenen Ausführungen noch zurück, die Vollmerhaus mit der Aufforderung zu weiterer Hilfe schloß, damit der Internationale Gewerkschaftsbund seine Mission, die er übernommen hat, 40000 Kinder bis zur nächsten Ernte zu ernähren, vollenden kann, da sonst die Hälfte dieser Kinder verhungern müßte.

In der nächsten Plenarversammlung soll der Vortrag zur Diskussion gestellt werden.

Ortmann referierte hierauf über die letzten Streiks. Er ging zunächst auf den Eisenbahnerstreik ein. Die Eisenbahnerforderungen wurden gemeinsam vertreten bis zu dem Silvesterstreik, dann wurden sie getrennt geführt. Auf das Ultimatum der Reichsgewerkschaft sei statt einer Antwort der Erlaß der Regierung gekommen, der wohl von keinem Gewerkschafter gutgeheißen werden kann. Dardurch sei der Streik der Eisenbahnbeamten erst zu dem geworden, was wir erleben. Auch die Maßnahmen des Polizeipräsidenten steigerten die Erregung. Hinzugekommen sei noch der Ansturm des ADGB. Die Massen kannten die Ursachen des Eisenbahnerstreiks nicht und verstanden nicht die Kundgebung des ADGB, die zu dem Streikverbot sofort Stellung nehmen mußte. Der ADGB sei jedoch in einer Zwangslage gewesen, in der er zu retten suchte, was zu retten war. Würde die Regierung gezwungen, ihren Erlaß zurückzugeben, dann müßte sie gehen. In ihre Stelle wäre eine weiter rechts stehende Regierung gekommen, da eine rechte Arbeiterregierung zurzeit unmöglich gebildet werden konnte. Es kam der Sympathiestreik der Eisenbahner im ADGB, der Telegraphenarbeiter und Sympathieerklärungen anderer Gruppen. Es sei unbegründet, daß man unaufgefordert mit liegenden Bahnen in das Lager dorer einjshwenke, die vordem zum Streikverbot aufgefordert hatten, Da

sei das Verhalten des ADGB verständlich. Dennoch müsse mit den Beamtengeverkschaften ein Kontakt hergestellt werden. Soll aber ein gemeinsamer Kampf mit ihnen geführt werden, dann muß jeweils zuvor eine Verständigung erfolgen. Ueber den Gemeindegewerkschaftstreik würden Dinge folportiert, die jedes Verständnis vermissen ließen und sich nur um Berrat drehen. Er schilderte dann die bereits bekannten Vorgänge in zeitlicher Folge. Bis zum Schiedspruch des Arbeitsministeriums war die Bewegung ordnungsmäßig geführt worden. Allein die unruhige Funktionärversammlung ließ die notwendigen Vorlegungen über diesen Schiedspruch nicht zu. Es wurde beschlossen, auch diesen Schiedspruch abzulehnen und das Weiter dem gewählten Komitee zu überlassen.

Velder hat das Komitee die Zeit, die ihm bis Montag gelassen war, schlecht genutzt. Eine neue Urabstimmung wurde abgelehnt. Die Bewegung wurde von den Verbandsvorständen nicht sanktioniert. Der ADGB habe die Konsequenz gezogen und seinen Vertreter aus der Streikleitung abberufen. Die Frage sei nur, ob der Streik verhütet worden wäre, wenn diese Konsequenz von allen Vorständen gezogen worden wäre. Wenn jetzt von „Berrat“ der Gewerkschaftsführer, der Gewerkschaftsbund geredet werde, so sei das Unfsinn. Wäre der Streik 24 Stunden früher beendet worden, war die Situation eine andere. Die Bewegung hätte einen ganz anderen Verlauf genommen, wenn gewerkschaftliche Disziplin geherrscht hätte. Gerade die in den städtischen Betrieben Beschäftigten hätten alle Ursache, ihren Gewerkschaften Vertrauen zu schenken, da diese für sie in den letzten Jahren mehr Verbesserungen verschaffen, als sie alle übrigen Arbeiter erreichen konnten. Von anderen ließ man sich ins Verderben ziehen, jetzt macht man die Gewerkschaften verantwortlich. Gemahregelt sind nur Betriebsräte und Funktionäre, von denen ein Teil wieder eingestellt wurde. Andere sind nicht gemahregelt. Wird auch in Einzelfällen verjast zu mahregeln, so wird es Sache der Organisation sein, dies zu verhindern.

Diese Bewegung war nicht die letzte. Damit tauche erneut die Frage auf, ob Bewegungen in Reichs- und Staatsbetrieben wieder in solcher Weise geführt werden dürfen. Es muß ein Ausweg gefunden werden. In solchen Fällen müssen Verhandlungen von der Vertretung der gesamten Arbeiterchaft geführt werden, damit nicht 50 bis 60 Proz. der Berliner Arbeiterchaft in Mitleidenchaft gezogen werden. Die Gewerkschaften sind es ihrem Ansehen schuldig, daß — ohne die Stoßkraft der Organisationen zu lähmen — erst alle Mittel und Wege erschöpft werden, bevor es zum Außersten kommt.

Der Referent schlug eine Entschlieung vor, die für künftige Fälle Richtlinien vorsieht. Nach kurzer Begründung dieser Richtlinien erfolgte eine längere Aussprache, an der sich Schulz vom Deutschen Eisenbahnerverband, Reimann und Bolenske beteiligten. Allgemein trat die Auffassung zutage, daß Streiks in öffentlichen Betrieben nur mit Zustimmung der Gesamtheit der organisierten Arbeiterchaft geführt werden dürfen.

Die weitere Diskussion und die Beschlußfassung erfolgt in einer neuen Versammlung.

Zum Gleiwitzer Zwischenfall.

Die Reichsregierung wird wegen der Erschießung eines Wachtmeisters in Gleiwitz durch einen französischen Soldaten bei der Interalliierten Kommission vorstellig werden. Der amtliche Bericht des kommandierenden Generals des Gleiwitzer Gebiets gibt den Tatbestand zu und meldet, daß der Schuldige sofort verhaftet und dem Kriegsgerecht überliefert wurde.

Am so energischer muß es zurückgewiesen werden, wenn der „Bund Neues Vaterland“ durch ein hiesiges Depechenbureau eine die Tatsachen entstellende Information verbreiten läßt, nach dem der Polizeiwachmeister, als er einen Streit zwischen Polen und Deutschen zu schlichten versuchte, von Zivilisten erschossen worden ist. In der Veröffentlichung des „Bundes Neues Vaterland“ heißt es ausdrücklich: „In keinem Falle ist ein einziger französischer Soldat, weder mittelbar noch unmittelbar, an dem Vorfall beteiligt gewesen.“ Der Bund ist so taktvoll, an seine „aus sehr zuverlässiger Quelle“ stammende Information, deren Bestätigung zumindest einmal abgewartet werden müßte, schulmeisterliche Salbaderelen zu knüpfen. Wir sind keine Freunde chauvinistischer Hezereien, aber wir müssen gestehen, daß uns das Plagiatantentum gewisser Kreise, die blindlings überall eine deutsche Schuld aufspüren, noch tausendmal widerwärtiger ist. Eine derartige Gerechtigkeitssiebe ist bestenfalls — selbstgerecht. Mit Völkerveröhnung hat sie nichts zu tun, es sei denn, daß sie Brunnen, die man mühselig wieder aufzudecken im Begriff ist, von neuem verschüttet.

Die nächste Aufgabe.

Unter allen drängenden Aufgaben ist die zunächst wichtigste, zum Monatschluß dem „Vorwärts“ neue Leser zuzuföhren. Jeder Tag bringt neue Ereignisse auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet, über die der moderne Mensch unterrichtet sein muß. Der „Vorwärts“ verzeichnet alle diese Vorgänge und beleuchtet sie vom Standpunkt der Sozialdemokratie, der Partei des arbeitenden Volkes in Stadt und Land. Jeder Parteigenosse werde darum für den Monat März neue Leser für den

„Vorwärts“.

Nachstehender Bestellzettel ist auszufüllen und an die Hauptgeschäftsstelle des „Vorwärts“, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, einzusenden. (In Orten außerhalb Groß-Berlins ist der „Vorwärts“ bei der Post zu bestellen.)

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Helmweil“ und der 14tägig erscheinenden illustrierten Beilage „Siedlung und Kleingarten“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus für 20 M. pro Monat März.

Name _____
Bohnung: _____
Straße Nr. _____
vorn — Hof — Durgel. — Seitenfl. — Tr. links — rechts
bei _____

Gewerkschaftsbewegung

Spaltung des Deutschen Eisenbahnerverbandes!

Die „Rote Fahne“ bringt einen sensationell zugespitzten Bericht über eine in den Sophienkassen stattgefundene Generalversammlung der Ortsgruppe Berlin des Deutschen Eisenbahnerverbandes. Es wird darin ausgeführt, daß der Bezirksleiter Knebel über Maßnahmen des Hauptvorstandes berichtet, nach denen beschlossen worden sei, ihn, Knebel, als Ortsangestellten nach Gleimweg und den ersten Bevollmächtigten der Ortsgruppe Berlin, Willi Schulz, als Sekretär in das Bezirkssekretariat zu versetzen. Außerdem sei der Ortsangestellte Wilhelm Vinte aus dem Verbandsausguss ausgeschieden worden. Knebel soll daran die Bemerkung geknüpft haben, daß es jetzt „um die elementarsten Rechte der modernen Arbeiterbewegung geht“, denn der Grund für die vom Vorstand ergriffenen Maßnahmen sei in dem Verhalten der genannten Personen während des letzten Eisenbahnerstreiks zu suchen. Vinte selbst gab in der Versammlung als Grund seines Ausschlusses an, daß er in einer öffentlichen Versammlung in Magdeburg an Stelle des Kommunisten Geseke über die Lohnbewegung der Eisenbahner referiert und sich gegen den Deutschen Eisenbahnerverband ausgesprochen habe. Die Redaktion der „Roten Fahne“ fügt diesem Bericht hinzu: „Durch das diktatorische Vorgehen des Hauptvorstandes des Deutschen Eisenbahnerverbandes ist die Gefahr der Spaltung dieser Organisation in bedrohliche Nähe gerückt.“

Zunächst muß festgestellt werden, daß in dem Versammlungsbericht einige Ungenauigkeiten enthalten sind. Nicht richtig ist z. B. — wie wir erfahren —, daß der für Berlin bestimmte neue Bevollmächtigte Geseke vom Deutschen Bauarbeiterverband übernommen sei. Es handelt sich vielmehr um den Angestellten des Deutschen Eisenbahnerverbandes für den Ortsbezirk Weiden. Die Gründe, die den Vorstand veranlaßten, Vinte aus dem Verbandsausguss auszuschließen, sind darin zu suchen, daß Vinte unter einem falschen Namen als Referent in der Magdeburger Versammlung auftrat und dort ausgeführt hat, der Deutsche Eisenbahnerverband müsse unter die Diktatur der kommunistischen Politik gestellt werden.

Was die Gefahr der Spaltung betrifft, so besteht diese nur bei den Drohtziehern der kommunistischen Partei bzw. den Redakteuren der „Roten Fahne“. Die Auflösung der Ortsgruppe Berlin, die nach dem Kommunistenblatt ebenfalls angedroht wurde, hätte zur Folge, daß die kommunistischen Agitatoren, die den Deutschen Eisenbahnerverband als Sammelplatz ihrer politischen Kämpfe benutzen, allerdings ausgeschlossen blieben; jedoch würden alle Eisenbahner, die sich dem Verbandsausguss angeschlossen haben, um ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, auch weiterhin Mitglieder bleiben und durch die Auflösung selbst keinerlei Nachteile haben. Selbstverständlich ist die Parteizugehörigkeit nicht ausschlaggebend. Es kommt lediglich darauf an, daß die Mitglieder sich auf den Boden der gewerkschaftlichen Grundsätze stellen. Der Schritt würde also, wenn er getan werden müßte, ganz wesentlich zur Befundung der Organisation beitragen. Jedenfalls hätte die Organisation bisher in solchen Fällen, wo eine Auflösung von Ortsgruppen aus ähnlichen Anlässen sich notwendig machte, keine Schädigung zu verzeichnen.

Keinesfalls werden durch die Verletzung einzelner Beamter der Organisation die elementarsten Rechte der modernen Arbeiterbewegung verletzt. Im Gegenteil, der Vorstand hält sich dabei streng im Rahmen seiner Befugnisse. Nach § 25 der Satzungen des Deutschen Eisenbahnerverbandes werden zur wirksamen Unterstützung des Vorstandes, zur Durchführung der Beschlüsse der Generalversammlung und der Verbandsbestrebungen, sowie zur Förderung der Agitation in den einzelnen Eisenbahndirektionsbezirken Bezirksleiter angestellt. Die Wahl erfolgt durch den Vorstand nach Verständigung mit dem Bezirksbeirat. Aus der Fassung des § 25 ergibt sich ganz klar, daß der Vorstand berechtigt ist, die Bezirksleiter anzustellen bzw. zu entlassen. Der § 22 der Satzungen verpflichtet den Vorstand, alle Interessen des Verbandes wahrzunehmen, sowie den Ortsverwaltungen entsprechende Verhaltensvorschriften zu erteilen. Nach dem § 26 hat der Hauptvorstand das Recht, Ortsbeamte anzustellen. Der Amtsantritt eines Ortsangestellten darf erst nach Bestätigung des Gewählten durch den Verbandsvorstand erfolgen. Aus dieser Fassung ergibt sich ohne weiteres, daß der Vorstand das Kontrollrecht und damit auch die Möglichkeit hat, einen ungeeigneten Angestellten zu entlassen. Der Verbandsvorstand ist also völlig in seinem Recht, wenn er Angestellten, die sich für ihren Posten nicht eignen, eine andere geeignete Tätigkeit zuweist. Das ist in dem vorliegenden Falle geschehen, weil der Vorstand der Auffassung ist, daß die genannten Angestellten sich auf den bisher innegehabten Posten nicht bewährten, insbesondere in

schwierigen Situationen verfaßten. Der Vorstand wird — wie uns ausdrücklich versichert wird — deshalb unbedenklich um das Geschrei der „Roten Fahne“ und der hinter ihr stehenden kommunistischen Drahtzieher seine Maßnahmen durchführen, um die gewerkschaftliche Organisation für die ihr gestellten Ziele kampfbereit zu erhalten.

Versammlung der Streikopfer.

Ueber den Stand der Verhandlungen zur Wiedereinstellung der nach dem Streik entlassenen bzw. gemahregelten Gemeindearbeiter, wurde in einer Versammlung berichtet, die (einberufen vom Vorkomitee für die Gemeindebetriebe) am Mittwoch in den „Sophienkassen“ tagte. Polenske und Ragodzinski gaben den Bericht. Nach diesem ist von beiden Parteien je eine besondere Kommission gewählt worden mit der Aufgabe, über die Wiedereinstellung zu verhandeln. Außerdem sind in den Betrieben noch etwa 17 Kommissionen gebildet, die sich mit den einzelnen Fällen zu beschäftigen und sie der Hauptkommission zu unterbreiten haben. Die Kommission werde sich dafür einsetzen, daß die Gemahregelten wieder eingestellt werden.

Nach Ausführungen von Hiller (Straßenbahn) und Koch I (Metallarbeiterverband) führte Stadtverordneter Zimmermann (USP.) aus, daß seine Fraktion sich nach Kräften bemüht habe, in der Stadtvertretung für die Wiedereinstellung der Streikenden zu wirken. Darum lehnte die USP.-Fraktion wohl auch unseren Antrag ab? (Red. d. „A.“) Stadtverordneter Schumacher (Komm.) forderte ein Ultimatum an den Magistrat, das die Wiedereinstellung der am Streik Beteiligten fordere. Bei Ablehnung müsse der „Laden“ wieder zugemacht werden. (Beifall.)

Stadtverordneter Genosse Prolat: Ich betrachte die heutige Versammlung nicht als einen geeigneten Boden für eine Agitationsrede. (Lärm.) Wir haben uns als Stadtverordnete von dem Gedanken leiten lassen, unter allen Umständen einen Beschluß herbeizuführen, der das Schwerkste verhalten sollte. Bei unserer Stellung zu dem Streik haben wir uns in guter Gesellschaft mit Sinowjew befunden. Die Sozialdemokratische Partei leidet es ab, den Arbeitern bloßen Dunst vorzumachen. Solange die bürgerlichen Parteien eine Mehrheit in der Stadtvertretung besitzen, werden sie auch ihren Einfluß gegen die Forderungen der Arbeiter mit Erfolg geltend machen können. Hierin bei den Wahlen Wandel zu schaffen, muß die Aufgabe der Arbeiterpartei sein.

Vor Schluß der Versammlung wurde eine Entschließung angenommen, welche scharfen Protest gegen die Maßnahmen erhebt und vom Magistrat sowie den Spitzen der Gewerkschaften verlangt, daß sie ihr Bestreben, keine Maßnahmen vorzunehmen, bzw. sich für ihre Aufhebung einzusetzen zu wollen, einhalten.

Generalversammlung der Sattler.

Dienstag hielt die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Sattler, Tapezierer und Vorleisler ihre Jahresgeneralversammlung ab. Die beiden Vorsitzenden Blume und Müller gaben den Geschäftsbericht. Der größte Teil der Arbeit erstreckte sich auf Lohnbewegungen. Größere Differenzen kamen nur im Autogewerbe vor, wo ein achtwöchiger Streik ausgetragen wurde. Dem Rosenbericht vom 4. Quartal gab Kollege Byber. Zu die Hauptlaste wurden abgeliefert 155 500,82 M. Die Sozialkasse hatte einschließlich ihres Bestandes von 185 518,37 M. eine Einnahme von 815 715,45 M. Die Ausgaben betragen 2 432,20 M. Bestand der Sozialkasse am 31. Dezember 224 298,20 M. Der Mitgliederbestand betrug am 1. Oktober 3251 männliche und 879 weibliche Mitglieder. am 31. Dezember 3505 männliche und 1012 weibliche Mitglieder. Kollege Osten verbreitete sich über die Arbeitslosenfrage. Er berichtete dabei die verschiedensten Versäunungen des Reiches und der Kommune und kritisierte scharf die Beschlässe, den Arbeitslosen nach 26 Wochen die Unterstützung zu ernen.

Die Diskussion war sehr lebhaft, bezog sich jedoch nicht auf die Tätigkeit der Verwaltung, sondern beschäftigte sich lediglich mit dem Eisenbahnerstreik und der Verordnung des Reichspräsidenten. Diese Verordnung wurde von allen Rednern einstimmig als eine Verletzung des Koalitionsrechtes der Arbeiter betrachtet und aufs heftigste bekämpft. Verschiedene Entwürfe, u. a. auch der, daß die Verfügung des Magistrats, wonach allen Arbeitslosen, die 26 Wochen arbeitslos sind, die Unterstützung entzogen werden soll, außer Kraft gesetzt wird, wurden einstimmig angenommen. Die Reuwahl ergab die Wiederwahl der beiden Vorsitzenden und des Kassierers gegen wenige Stimmen.

Betriebsräteschule.

An folgenden Kursen, die heute beginnen, können noch neue Hörer teilnehmen. Die Anmeldung kann im Unterrichtsstafel oder im Bureau der Betriebsrätezentrale, Engelauer 24/25, erfolgen. Unterrichtsstätte Zentrum, Sophien-Enzeum, Weinmeisterstr. 16/17: Das Betriebsrätegesetz (6 Uhr, 8 Uhr, 10 Uhr). Zimmernummer siehe am schwarzen Brett am Eingang. Unterrichtsstätte Nordwesten, Friedrich-Werderisches Gymnasium, Bochumer Str. 5b: Das Betriebsrätegesetz (8 Uhr, Zimmer 801). Unterrichtsstätte Norden, Gemeindeschule Greifenhagener Str. 58: Fabrikorganisation (6 Uhr, Zimmer 3). Die moderne Industrieunternehmung in Technik und Wirtschaft (8 Uhr, Zimmer 3).

Unterrichtsstätte Südosten, Leibniz-Gymnasium, Mariannenplatz: Selbstkosten industrieller Betriebe (6 Uhr, Zimmer 19). Die Unternehmung in wirtschaftlicher und rechtlicher Beziehung (8 Uhr, Zimmer 19). Produktionsregelung und Produktionskontrolle (8 Uhr, Zimmer 17). Gewerbe-Hygiene (8 Uhr, 10 Uhr, 11 Uhr). Unterrichtsstätte Osten, Städtische höhere Fachschule für Textil- und Bekleidungsindustrie, Warschauer Platz 6/8: Soziale Frage und Verdienstslehre (8 Uhr, 3. 115). Einführung in den Sozialismus (8 Uhr, 3. 115). Das gesetzliche Schlichtungsverfahren (8 Uhr, 3. 117). Unternehmungsformen und Kapitalkonzentration (8 Uhr, 3. 117).

Freitag beginnen folgende Kurse: Unterrichtsstätte Zentrum, Sophien-Enzeum, Weinmeisterstr. 16/17: Das Betriebsrätegesetz, 1. Teil (für Anfänger), (6 Uhr). Wirtschaftliche Berichterstattung (8 Uhr). Soziale Hygiene (8 Uhr). Zimmernummer siehe auf der schwarzen Tafel am Eingang. Unterrichtsstätte Nordwesten, Friedrich-Werderisches Gymnasium, Bochumer Str. 5b: Einführung in Staats- und Rechtslehre (6 Uhr, 3. 301). Geld- und Bankwesen (8 Uhr, 3. 301).

Unterrichtsstätte Norden, Gemeindeschule, Greifenhagener Str. 58: Wirtschaftliche Fragen für Anfänger (8 Uhr, 3. 3).

Unterrichtsstätte Südosten, Leibniz-Gymnasium, Mariannenplatz: Das Betriebsrätegesetz, 1. Teil (für Anfänger), (8 Uhr, 3. 20). Das Betriebsrätegesetz, 2. Teil (für Hörer mit Vorkenntnissen), (6 Uhr, 3. 20). Produktionskontrolle durch Buchhaltung und Bilanz (8 Uhr, 3. 19).

Unterrichtsstätte Osten, Städtische höhere Fachschule für Textil- und Bekleidungsindustrie, Warschauer Platz 6/8: Fabrikorganisation (6 Uhr, 3. 116). Sozialisierungsprogramme (8 Uhr, 3. 116).

Streik und Aussperrung in Mülhausen i. E.

Nach einer Meldung der Agence Havas aus Mülhausen hat eine dortige Maschinenbaufirma nachdem Montag der größte Teil ihrer 4000 Arbeiter durch positiven Widerstand gegen die Herabsetzung ihrer Löhne protestiert hatte, beschlossen, ihre Werkstätten zu schließen. Die Elektrifizierungsarbeiten haben den Solidaritätsstreik befeuert. Infolge der Stromunterbrechung sind die meisten Textil- und anderen Fabriken in Mülhausen und der Umgegend zum Feiern gezwungen. Dienstag vormittag haben bereits mehrere Tausende von Arbeitern nicht arbeiten können. Zur Sicherstellung der Stromlieferung, wiewohl für die Straßenbeleuchtung, sind Vorkehrungen getroffen.

Aus der Buch- und Papierbranche. Die im Verbands der Buch- und Papierarbeiter organisierten Affordarbeiter- und Arbeiterinnen nahmen Mittwoch zu dem Anfang Februar in Leipzig abgeschlossenen Lohnvertrag, der eine Erhöhung der Affordlöhne vorsieht, Stellung. Besonders hervorzuheben wurde die Tatsache, daß die Berliner Arbeitgeber den Artikel 81 des Reichstaxtarifs, nach dem die Affordarbeiter und Arbeiterinnen 15 Proz. mehr verdienen sollen als die Lohnarbeiter, planmäßig sabotieren und die Ziffer nach keiner Richtung hin das Soll erreicht. Die Versammlung beauftragte die Organisation, sofort mit allen zu Gebote stehenden Mitteln eine Revision des Affordtarifs herbeizuführen.

SPD-, USPD-Gastwirtschaftsgehilfen! Freitag vormittag 10 Uhr im Kolonialer Hof, Kolonialer Straße 11/12, Versammlung der nicht zur SPD. gehörigen Delegierten zur Generalversammlung. Stellungnahme zur Generalversammlung am 1. März 1923.

Der Rat der Roten Gewerkschaftsinternationale hat am Sonntag seine Tagung begonnen. Vom Ausland sind u. a. vertreten: Oesterreich, England, Australien, Bulgarien, Deutschland, Holland, Holländisch-Indien, Britisch-Indien, Luxemburg, Litauen, Norwegen, Polen, Tschechoslowakei, Korea, Japan, Frankreich.

Werkzeugmacher. Durch Urabstimmung in der Branche ist mit großer Mehrheit die Lohnarbeit beschlossen worden. Dieser Beschluß ist unter allen Umständen durchzuführen; wo Verzögerungen vorkommen, ist der Branchenleitung Mitteilung zu machen.

Deutscher Transportarbeiterverband. Branche Gefäßschneider, Lagerarbeiter u. a. Gruppe Nordproben: Freitag 7 Uhr im Englischen Hof, Engelauer 24, Versammlung. Stellungnahme zur Abänderung des Tarifvertrages. Mitgliederabend ist mitzutragen. — Section I, Branche La. Eisenwaren, Wägen, Emalle u. a.: Freitag 6 Uhr im Gewerkschaftshaus, Jahresversammlung. Mitgliederabend ist vorzusagen.

Veranlt. für den Herbst. Leit: Franz Mühs. Berlin-Viertelbeirat für Arbeiter: Th. Glade, Berlin. Verlag Vorwärts-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt: Karl Ginzler u. Co., Berlin. Fendlerstr. 1. Hierzu eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Reinwelt“.

Kukirol
besorgt schnell, sicher und schmerzlos
Mühsamer Augen
Hornhaut, Schwelens, Wunden
in Apotheken, Drogerien erhältlich

A. Wertheim Außerordentlich preiswert

Leberwurst 2 Pfd. Dose **13²⁵** 4 Pfd. Dose **26^M**

Putz die Schuhe mit Glycerin




Maccaroni
echte, aus reinem Hartweizengrieß

Leigwaren
sind die köstlichste Mahlzeit für Jedermann, wohlschmeckend und von hohem Nährwert.
Überall zu haben.
Großvertrieb durch Vereinigte Deutsche Leigwaren-Fabriken G. m. b. H., Mannheim.

Eiernudeln
aus feinstem Weizenmehl mit Vollei

Was ist vom neuen Mieterschutz zu erwarten? Um den Rechtsfrieden in Mietverhältnissen zu fragen.

Das alte Berlin hat keine städtische Rechtsauskunft gehabt und daran ist aus der Eingemeindung nichts geändert. Die städtischen Körperschaften haben sich lediglich entschlossen, die Unterstützung des gemeinnützigen Vereins für Rechtsauskunft in Groß-Berlin, der hier 9 Rechtsauskunftsstellen unterhält, auf 115 000 M. jährlich zu erhöhen. Das ist eine eigentümliche Note in der Reihe der sozialen Wohlfahrtsmaßnahmen. Berlin bleibt damit hinter Hunderten von kleineren und kleinsten deutschen Gemeinden zurück. Andere Städte haben sogar ihre Rechtsauskunft erweitert, indem sie richtig erkannten, daß die Befriedigung des Wissensbedürfnisses nicht ausreichen kann und der Mehrzahl der Rechtsuchenden nicht erst ein Rechtsstreit droht, sondern daß sie bereits einen Gegner haben und mit ihm in Zwist liegen.

Das Einigungsamt ein Volksgericht.

In diesen Rechtsfriedensämtern, die z. B. in Bielefeld und Braunschweig errichtet sind, wird versucht, den Streit ohne den kostspieligen und durch seinen Formalismus, durch seine Kontravenien und Hinneigen verhängnisvollen Zivilprozeß zu schlichten, oder, falls der Gegner damit einverstanden ist, den Streit durch einen Schiedsspruch zu erledigen. Dem rechtsgebildeten Vorsitzenden stehen dort gewählte Beisitzer aus dem Volke zur Seite, die nach verschiedenen Berufen in Gruppen eingeteilt sind und deshalb in den meisten Fällen als besondere richterliche Sachkenner an Stelle des außerhalb des Gerichts stehenden sog. „richterlichen“ Sachverständigen dienen können. Mit diesen Friedens- oder Einigungsämtern bricht sich die Sozialisierung der Rechtspflege Bahn, die im Gegensatz zu allen anderen Sozialisierungsbestrebungen in keinerlei Eigentumsrechte eingreift und in einer demokratischen Republik etwas Selbstverständliches sein sollte.

Diese Volksgerichte sind jedenfalls da gerechtfertigt, wo es sich darum handelt, typische Interessengegensätze zum Ausdruck zu bringen, wo also Vertreter zweier entgegengesetzter Wirtschaftsklassen in Fehde miteinander liegen. Das ist insbesondere bei allen Mietverhältnissen der Fall. In Erkenntnis hieron haben wir seit 1917, wie überall im Deutschen Reich, auch in Berlin das Miet-Einigungsamt als ein mit gewählten Volksrichtern besetztes Organ der Justiz, das Zins- und Kündigungsstreitigkeiten in einem abgekürzten Verfahren zu schlichten versucht, und das gehört werden muß, ehe jemand seiner Wohnung verlustig gehen kann.

Kündigungsprozesse vor dem Amtsgericht.

Das soll nun anders werden. Denn der neue Mieterschutz-Gesetzesentwurf schaltet das Einigungsamt bei der Kündigung aus, und der Amtsrichter soll allein entscheiden, ob einer wohnen bleiben darf oder räumen muß. Der Entwurf, wie er jetzt aussieht, würde in hervorragender Weise der Bekämpfung des Rechtsfriedens dienen, und zwar einmal dadurch, daß das Einigungsamt bei der Kündigung ausgeschlossen wird, und ferner insofern, als diese Kündigung nur noch in Prozessform erfolgen soll. Denn die Mietverhältnisse wären fortan nicht überhaupt unklar — was leicht mißverständlich wird —, sondern es wendet sich lediglich die Form der Kündigung. Kündigung soll der Wirt wie bisher können, und die Kündigungsgründe, die der Entwurf nennt, geben den Richtlinien, die sich in allen Ländern herausgebildet haben, nur gesetzliche Formen. Die Form der Kündigung soll aber der Prozess sein. Also Zwang zum Prozessieren, statt Güte und Rechtsfrieden! Möglich, daß der ärmere Hauswirt sich den Gang zum Gericht mehr überlegt, als den Gang zum Einigungsamt, der wohlhabendere Hausbesitzer wird um so lieber an das ordentliche Gericht herantreten, insbesondere, wenn er es mit einem wirtschaftlich schwachen Gegner zu tun hat, der die Kosten scheuen muß. Umgekehrt wird natürlich auch der Mieter, der die erforderlichen Mittel hat, insbesondere, wenn es ihm auf Verschleppung ankommt, das Verfahren vor dem ordentlichen Gericht bevorzugen.

Die Verschärfung der Kündigungsfälle.

Die Kündigung ist also nicht abgeschafft, sondern nur verschärft und pluralisiert. Verschärft sind auch die Kündigungsfälle insofern, als auf sofortige Aufhebung des Mietverhältnisses gestützt werden kann, wenn eine zum Hausstand oder auch nur zum Geschäftsbetrieb des Mieters gehörige Person die Wohnung „unangemessen“ gebraucht; es bedarf sogar keiner vorherigen Abmahnung, wenn „dem Vermieter die Fortsetzung des Mietverhältnisses nicht zugemutet werden kann“. Dadurch ist das Mietaufhebungsrecht sogar gegenüber dem alten Bürgerlichen Gesetzbuch verschärft, und das ist des weitern dadurch geschehen, daß durch die „erhebliche Belästigung“ durch den Mieter oder eine vorgenannte Person seines Kreises den Anspruch auf sofortige Aufhebung rechtfertigen soll. Bei „dringendem Interesse“ des Vermieters am Mietraum soll in der Regel mit gesetzlicher Kündigungsfrist Aufhebung verlangt werden können, d. h. wenn die Miete im Vertrag nach Monaten berechnet ist, mit einer Frist von einem halben Monat. Auch dies ist eine Verschärfung des Mieterschutzes, da damals bei eigenem Bedarf der Vermieter die vertragliche Kündigungsfrist einhalten mußte, und das waren für Berlin in der Regel drei Monate (oft drei Monate drei Tage).

Es muß gehofft werden, daß der Wohnungsausschuß des Reichstages den Entwurf gründlich unarbeitset, der in der jetzigen Form dem Rechtsfrieden nicht dienlich und einer Republik unwürdig ist. Er trägt weder dem Willen der vernünftigen Mieterschaft, noch dem des verständigen Hausbesitzerstandes Rechnung.

Stadttrat Brumbg.

Ein Protest.

Der Bund Deutscher Mietervereine (Sitz Dresden) hat auf Grund des bisherigen Ganges der Beratungen des Reichsmietengesetzes im Reichstag folgende Entschlieung gefaßt: Die deutschnationale Volkspartei lehnt das Gesetz grundsätzlich ab. Die Deutsche Volkspartei, die Deutschdemokratische Partei und das Zentrum verlangen für die Vermieter von Gewerberäumen einen besonderen, dem Vermieter als Gewinn zuzurechnenden Zuschlag, der nach allgemeinen Hundertsätzen erhoben, der Lage des betreffenden Gewerbes Rechnung tragen, und die Existenz wirtschaftlich schwacher Betriebe nicht gefährden soll. Von diesem Verlangen hängt offenbar das Schicksal des Gesetzes ab. Wir richten deshalb im Namen der deutschen Mieterschaft an die genannten drei Parteien das dringlichste Ersuchen, von dieser Forderung abzusehen, die das Gesetz unannehmbar machen muß. Die Forderung bedeutet die völlig ungerechtfertigte Bereicherung des Vermieters am Betriebsgewinn, am Arbeitsgewinn des Mieters, die Erschließung einer neuen, die Allgemeinheit belastenden Quelle arbeitslosen Einkommens, ein Milliardenangebot an den Hausbesitz, das das deutsche Volk dauernd verzinsen muß, eine gesetzlich garantierte Monopolstellung für den Grundbesitz, wie sie keine andere Volkswirtschaft kennt.

Rehrens bei Castan.

Gestern früh hatte die Friedrichstraße in der Nähe der Postgasse eine neue und ungewohnte Sensation. In dem Eingang des Viktorhauses, durch den seit über dreißig Jahren Tausende und aber Tausende die zwei Treppen zu Castans Panoptikum hinaufgegangen sind, hatten wohl ein Dutzend aufällige gelbe Zettel, die dem Publikum mitteilten, daß die Gegenstände des Panoptikums versteigert werden würden. Mancher Berliner verfuhr wohl nicht über Lust, auf ein Viertelstündchen hinauszuspringen und sich das seltsame Schauspiel mit anzusehen. Wenn er aber einen bestimmten Sach auf den Plakaten übersehen hatte, dann fand er ein verschlossenes Paradies, das sich ihm nur gegen Hinterlegung von 1000 M. — jawohl, tausend Mark! — Betungsgarantie öffnete. Auf einem hohen Podium ein Tisch. Dahinter eine Unmenge von Dingen, die aus der Ferne wie dunkles, staubiges Gerümpel aussehend, sich aber bei der Versteigerung nach und nach entwirkten. Vor dem Podium ein richtiges kleines Theaterparkett aufgebaut, etwa zehn Stuhlleihen, alle dicht besetzt. Fast ausnahmslos Männer.

Endlich geht es los. Ein frisch aussehender Herr, der Auktionator, verliest zunächst mit frischer heiterer Stimme die Auktionsbedingungen. Es ist eine freiwillige Auktion. Die Sachen werden in dem Zustand versteigert, in dem sie sich gerade befinden.

Stimmen seine sehnigen Arme. Er ließ seine Muskeln spielen und weidete sich an ihrer Bewunderung. Nun wollte sie sich auch mit ihren Muskeln rühmen. Sie beugte ihren Arm, und er befehlte ihm mit zwei Fingern. Sie biß sich auf die Zähne, um all ihre Kraft hineinzulegen. Dann küßte sie selber, und beide lachten.

So warteten sie und warteten sie. Der Schmutz der Vögel fiel auf sie herab; sie bauten ein Dach von abgerissenen Zweigen über ihren Köpfen, um sich dagegen zu schützen. Auch Scharen von Mücken und Fliegen schwärmten ihnen um Hände und Gesicht und schienen sich mit dem steigenden Abend zu mehren, als ob das dunkle, sonnenwarme Wasser sie ausbrühte. Schon sah von der Seite her der Himmel rot durch die Zweige und das Grün der Blätter wurde dunkler. Er gab ihr wieder zu essen, aber er mußte mit ihr teilen, sonst wollte sie nicht. Er schöpfte Wasser in seinen Hut, und sie tranken zusammen daraus — es schmeckte warm und nach Erde.

Die Vögel sahen das Brot und flatterten dicht um sie herum. Grete warf ihnen Brocken zu, und mit ohrenbetäubendem Gezwitscher stürzten sie sich darauf. Einem leichten die anderen so mit Schnabelstößen zu, daß er blutend durchs Gezweig ins Wasser fiel. „Ich meine paar Brocken selber“, sagte Hein, und sie warf nur noch heimlich.

Ihre Kleider, von der Flucht durch Weiden und Gestrüpp, vom Ausgleiten und Hinfallen noch geworden, waren schon wieder trocken und warm. Aber die Schuhe waren von dem Wasser steif und drückten. Sie zogen beide ihre Schuhe aus und hingen sie an einen Zweig über sich.

Sie lagen, und jedes ging seinen Gedanken nach. „Sieh doch, wie nah das Wasser ist“, rief sie mit einem Male, streckte ein Bein aus und erreichte das Wasser mit den Zehen.

Sie spritzte ihm dicke Tropfen ins Gesicht, während er vor sich hinstarrte. „Du“, sagte er, „wir wollen höher hinauf klettern.“

Sie sann, und auf ihr Gesicht legte sich großhängige Angst: „Müssen wir die Nacht hierbleiben — was, du?“

„Ja“, sagte er leise, „sie werden erst morgen kommen und uns holen.“

Sie überlegte. „Können wir nicht auf einen Balken klettern, der im Wasser treibt?“

Er schüttelte mit dem Kopf. „Dummes Zeug“, sagte er, „alles andere als Hierbleiben ist der Tod.“

Die gekauften Sachen müssen bis spätestens den 1. März abgeholt werden. Als allererster Gegenstand wird, nach dem Katalog, ein „antikes Spinnrad aus dem Anfang des vorigen Jahrhunderts“ angeboten. Sofort knallt ein Angebot, 30 M. — 40 — 50. Für 85 M. wird der Zuschlag erteilt. Ein weiteres Spinnrad bringt es schon auf 175 M. Eine kleine Kanone, im Katalog als Feuerschlinge bezeichnet, bringt es auf 650 M. Darauf wird eine richtige, d. h. ausgestopfte Schlange angeboten. Mit der weiß man nichts rechtes anzufangen. Einer bietet jähhaft 20 M. Eine Dame, der die Schlange dicht vor dem Gesicht baumelt, fragt vorsichtig: „Woraus ist denn die Schlange gemacht?“ Aus dem Hintergrund kommt prompt eine Antwort: „Aus Papier.“ In demselben Augenblick erhält Herr Hagenbed für 80 M. den Zuschlag. Der wird sicher keine Papierschlange für 80 M. kaufen. Der Wirt wartet auf und neben dem Podium hat sich nach drei Stunden kaum gelichtet. Zuerst kommen eben die vielen Einzelkuriostäten heran. Eine kleine Sesselform entsteht, als das edle Exemplar Heinrich IV. von Frankreich ausgetrieben wird. Es ist ein schlanker, schön gefärbter Eisenbeinstab. Das erste Angebot lautet auf 1000 M. und jedes weitere springt um 1000 M., bis das seltene Stück für 5000 M. weggeht. Man erzählte sich, es werde nach Frankreich zurückgehen, wie man sich denn weiter erzählt, daß sehr viele Sachen ins Ausland gehen werden.

Es scheint ausgeschlossen zu sein, daß die Auktion bei dem riesigen Umfang des Panoptikums in drei Tagen zu Ende gehen kann.

Der russische Altknaben vor Gericht.

Die Vernehmung der Angeklagten im Prozeß wegen des Altknabens bei dem Obersten Freyberg zog sich bis in die Nachmittagsstunden hin. Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn erklärte bei der Vernehmung des Angeklagten Braun u. a., daß er nicht in diesen dringen wolle, seine Auftraggeber zu verraten; vielleicht gebe Braun aber, um seine Tat in einem milderen Lichte erscheinen zu lassen, an welcher Gesellschaftsrichtung sein Auftraggeber angehöre. Es bestehe die Vermutung, daß hinter der Sache die Organisation C. S. H. (Orghel) stehe.

Die Vernehmung begann mit der Vernehmung der Frau von Freyberg, die über die Vorgänge in ihrer Wohnung eine Darstellung gibt. Die Frau bleibt mit Bestimmtheit dabei, daß mehrere der Eindringlinge Revolver bei sich gehabt haben, womit sie sie bedrohten. Sie habe den Reuten den Zutritt zunächst nicht gestattet, bevor sie sich nicht mit ihrem Ehemann telefonisch in Verbindung gesetzt haben würde; letzteres sei ihr aber verboten worden. Alles, was in dem Koffer an Papieren und Korrespondenzen vorhanden war, auch das Archiv und das Tagebuch ihres Ehemannes seien mitgenommen worden und in die zwei Koffer des Bulnipin gepackt worden. Es sei ihr geflücht, während des Suchens der Eindringlinge noch einige wichtige Papiere unbemerkt beiseite zu schaffen. Wiederbekommen habe sie nichts. Sie habe bis zuletzt geglaubt, daß sie wirkliche Kriminalbeamte vor sich habe und habe sich durch deren Auftreten bedroht gefühlt. — Der Zeuge Kapitän Bulgain bestätigte trotz wiederholten entschiedenen Widerspruch der Angeklagten, daß sie Revolver bei sich gehabt hätten; mit Bestimmtheit wisse er das von zweien. Ihm sei gleich ein Revolver entgegengeworfen und er so gezwungen worden, sich nach dem Speiseszimmer zurückzuziehen. Ihm wurde dabei gesagt: „Wegern Sie sich nicht, sonst wird geschossen.“ Gegen die Wiedererkennung einiger Angeklagten machte Rechtsanwält Viebnecht mancherlei Einwände.

Zeuge Oberst v. Freyberg gibt an, daß sich unter den gestohlenen Papieren seine gesamten Informationen über die bolschewistische Arbeit befinden, sowie seine gesamte zehnjährige Korrespondenz mit seinem Chef General Semmoff, dem „Reichsverweser“. Dieser habe ihn, den früheren Leiter der russischen Mission, der im Kriege gegen Deutschland gekämpft habe, zum Oberst ernannt. In dem Kongreß der russischen Mandarinen in Reichshaus habe er teilgenommen. Rechtsanwält Dr. Oskar Cohn: Wissen Sie, daß es unter den alten monarchistischen russischen Offizieren zwei Richtungen gibt: eine deutschfreundliche und eine französischpolenfeindliche? Zeuge: Ja, ich bin deutschfreundlich. Rechtsanwält Dr. Cohn: Ist Ihnen auch bekannt, daß Sie im Verdacht standen, trotz offensichtlicher zur Schau getragener Deutschfreundlichkeit im Dienste der polnisch-französischen Richtung zu wirken? Zeuge: Davon habe ich gehört, das ist aber von bolschewistischer Seite ausgeht worden. Verteidiger: Kennen Sie den Namen „Erin“? Zeuge: Ich

Sie lachte, aber dann schwieg sie, atmete schnoller und drückte sich an ihn. Ein kalter Schauer ließ ihr unter dem Kleid über den Leib. „Das du bei mir bist“, sagte sie.

„Es wird eine schöne Nacht werden, eine Nacht wie im Märchen, freu dich doch darüber — du hast dein ganzes Leben davon zu erzählen.“

„Ja“, sagte sie mit weiten Augen.

Nun kletterte er hinauf, und sie reichte ihm Jacke und Weste mit ausgestreckten Armen. Er nahm die Schuhe dazu und legte alles über sich, so hoch er reichen konnte. Denn flatterte er weiter und suchte den besten Platz aus. Wie ein Affe kroch er auf Händen und Füßen auf die andere Seite des Stammes, breitete die Kleider aus und legte von dem jungen Laub darauf, was er erreichen und abreiben konnte.

„Komm hinauf“, rief er zu ihr hinunter.

Sie kam, geschickt wie ein Junge, zog sich an seiner hingehaltenen Hand hinauf und war voller Freude über das schöne Nest, das er gebaut.

So legten sie sich behutsam hin und firekten Blick für Blick aus. Die Nester hier waren nicht mehr so dick und schnitten noch mehr in die Knochen. Sie legten sich Brust an Brust, schlangen die Arme umeinander, und die dunkle Nacht schlug langsam ihre Decke über den Baum. Auch das Vogelvolk, jetzt nahe über ihnen, war ruhig und schlief. Nur hin und wieder kreischte ein kurzer Jank auf.

Grete begann leise ein Lied zu singen, ein stilles, wie es die jungen Mädchen abends in der kleinen Stadt an den Türen sangen. Es klang so sonderbar in der lautlosen Nacht, in der nur das Wasser leise schluckte und gurgelte. Hein summte die tiefe Stimme dazu, dann kam ihnen die Luft, und sie sangen laut mit weiter Brust. Es klang innig und selig wie ein Märchen, eine Nachtgall löste sich von den Zweigen oben und vermischte ihr Lied, das ihnen den Atem nahm und Tränen in die Augen lockte, mit dem Menschen-singen. Nicht lange, dann verhallte es draußen, den Bergen zu, und dann war auch ihr Lied zu Ende. Es schauerte sie beide in der plötzlichen Stille, und sie schmiegen sich enger aneinander.

„Tu deine Augen zu“, sagte er, „und schlafe nur. Habe keine Furcht; ich bleibe wach.“

„Ich bin nicht müde“, sagte sie.

(Fortsetzung folgt.)

Die Sünde im Wasser.

Von Wilhelm Schmidtbonn.

„Boran denkst du?“ fragte er.

„Ich denke an Vades — lache nicht.“

„Hattest du ihn mitgenommen?“

Sie nickte mit dem Kopf. „Er war hinter einem Hasen her. Ich pfliff und rief eine halbe Stunde und wollte zurück, aber nun war überall Wasser vor mir, und ich watete bis zu dem Baum her.“

„Und dann bist du eingeschlossen?“ fragte er mit gutmütigem Spott.

„Ja — denke: ich habe die ganze vorige Nacht gelantz — und dann kam's — ich weiß nicht wie. Ich weiß nur, daß ich wieder mach geworden bin, als du da warst.“

Er sprach nichts weiter, und als sie die Augen wieder eine Weile zumachte, bog er von neuem heimlich die Keste auseinander und sah hinaus, ohne den Kopf zu heben. Aber es war nichts zu sehen, als der Rand der fernen Berge ringsum und über den Obstbäumen hinten der spitze Kirchturm der Stadt. Ebenso heimlich zog er seine Uhr aus der Weste. Aber sie merkte es und fragte ihn.

„Sechs Uhr“, sagte er, obwohl die Uhr stillstand und die Sonne schon mit ihrem unteren Rand an den Bergrücken rührte.

Sie rückte mit den Schultern hin und her, leise, damit er es nicht gewahr würde. Aber er spürte es dennoch. „Bleibt du noch hart?“ fragte er.

„Nein“, sagte sie und lag ganz ruhig.

Er glaubte ihr nicht und zog seine Weste aus, um ihr sie unterzulegen. Sie wollte sich nicht aufrichten, und er schob sie ihr mit Gewalt unter den Rücken. Sie konnte sich nicht wehren gegen ihn; er hatte so viel Kraft in seiner einen linken Hand, daß sie mit ihrem ganzen Leib nicht dagegen ankam.

So lagen sie, und wieder eine Stunde verging. Ein jedes fühlte, wie in seinem Magen ein Gefühl der Angst anfang zu zittern. Aber keines sagte davon dem andern.

Durch den Spalt seines Hemdes lugte seine nackte Brust. Sie rührte mit dem Finger daran und lachte ihn an. Dann streifte sie seine Hemdsärmel auf und besah und befehlte voll

Galewsky-Liköre

Spezialität:
Breslauer Dom

L. Galewsky & Co. Breslau-Berlin-Danzig. Gegr. 1844
Zu haben in allen einschlägigen Geschäften.

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus
Cavalle in russiana
Bajazet
7 1/2 Uhr

Schauspielhaus
Peer Gynt
7 1/2 Uhr

Deutsch. Theat.
8: Die Wölfe
Freitag 8: Bajazzo
Das Abenteuer

Kammerspiele
8: Anatol
Freitag 8: Anatol

Gr.Schauspielh.
(Kärntnerstr.)
7 1/2: Orpheus in der Unterwelt
Freitag 7 1/2: Orpheus in der Unterwelt

Theater l. d. Königgrätz. Str.
Täglich 7:30 Uhr:
Die wunderlich. Geschichten d. Kapellmeisters Kreisler
Phantastisch Melodram (42 Bilder) von Carl Meinhart und Rudolf Hermann. Musik von E. K. v. Reznicek

Komödienhaus
7:30 Uhr zum 30. Male:
Karusell
mit Maria Orska
Joh. Riemann
Walp. Art. Roberts

Berliner Theat.
Täglich 7:30 Uhr:
Elfer von unsere Leut!
mit Carl Cewing, Oscar Sabo und Leonard Haskel

Residenz Theat.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Eine Frau ohn. Bedeutung
Triesca, Arnoldt, Berens, Krff, Sandrock, Weicker

Russ.-Deutsch. Theater
Der blaue Vogel
Goldstr. 9
Nollendorf 1511
Anfang 8 1/2 Uhr
Vorstellung allabendlich!

Trianon-Theat.
Täglich 8 Uhr
Der große Erfolg!
Elga
v. Gerhart Hauptmann

Kleines Theater
Täglich 7 1/2 Uhr
Das Weib auf dem Tiere
von Bruno Frank
(Maria Fein, Falkenstein, Bendow, Klein, Schrotz)

Komische Oper
7 1/2: Oper 7 1/2
Dir. Jam. Klein
Die große Revue
Der Herr der Welt
Max Landa
Bruno Kastner
Sascha Dura
Willy Hartstein
Franz Gross
Paul Westermeyer
Lilly Richter
Herta Richter
Erna Alberil

Casino-Theater
Lothring. Str. 31 Täglich 7 1/2
Die neue Berliner Posse
Familie Gänselein
Vorher: Lachende Liebe
Gies-Posse in d. neuest Schlager „Hummetritt“
Sig. 7 1/2, D. letzte Stunde

FOLIES CAPRICE
Linaustr. 132
Täglich 7 1/2 Uhr
D. Liebeskanapee
Das Klauchen
Die falsche Nummer
Frd. Grünacker, K. Bergl
Dir. Strobel

Willy St. 11
Debraustraße 34
7 1/2 Uhr
Das lustige Februar-Programm

Scala
Täglich 8 Uhr
Varieté
11. u. Do. Bier

Im
Berliner Theater
bleibt die beste Gesangsposse von Kalitsch:
Einer von unsere Leut'
in der Premierenbesetzung mit
Carl Cewing, Oscar Sabo, Leonh. Haskel
Melitta Klefer, Hermann Picha,
Charlotte Ander, Heinz Stieda, Gustav Bots
mit Rücksicht auf den
ungeheuren Erfolg
auch weiterhin täglich auf dem Spielplan.

DISKRETE
Teilzahlung
Geschäftsbüro
1889
Handeltansende
Kaufte in allen
Städten

Jeder braucht uns.
Erst während des Krieges wandten wir uns an das Berliner Publikum, und in kurzer Zeit erwarben wir uns eine treue Kundschaft.
In den ersten Jahren stieg die Anzahl der Kassenzäher und der, die Teilzahlung in Anspruch nahmen, in genau dem gleichen Verhältnis, während jetzt die prozentuelle Zunahme der letzteren erheblich größer wird.
Die heutige wirtschaftliche Lage zwingt selbst besser situierte Kaufleute, Beamte in gehobener Stellung, Anschaffungen für höhere Beträge auf Teilzahlung zu machen.

Auf Teilzahlung zu Ladenpreisen
Unsere Artikel: Gold-, Silberwaren, Brillanten, Taschenuhren, Arm- und Handuhren, Standuhren, Regulatoren, Wecker, Alfenide-, Nickelwaren, Kristall-, Porzellan-, Tafel-, Kaffeeservice, Lederwaren, Koffer, Schirme, Parfümerien, Haarzschmuck, Rasierutensilien, Spitzen, Pfeifen, elektrische Tisch- u. Standlampen, Rauch-, Klub- u. Teelichte, Schreibzeuge, verschiedene Geschenke, Photo-Apparate u. -Bedarfsartikel, Theater-, Reise- und Reizzeuge, sämtl. Musikinstrumente, Sprechmaschinen und -Platten

Unsere Schaufenster-Ausstellung ist eine Lebenswürdigkeit Berlins
Man verlange die Bedingungen

JONASS & CO. BERLIN SW 61
Belle-Alliance-Str. 7-10

Die schönsten Muster unserer Berliner Abteilung sind in einem Katalog zusammengestellt, den wir auf Verlangen senden. Man verlange Neuheiten-Katalog
Bedingung: Rücksendung oder Zahlung unserer Selbstkosten von 20 Mark

Apollo-
Theater 8
in Jam. Klein
Rund um die Welt!
i. d. Hauptrollen
Elise Berna
Herta Kettner
Fritz Steidl
Elsa Revai
Alfred Walters
Mar. a. Volchberger
Karlion Irling

Admirals-Palast
7 1/2 Uhr. Die rot. Schach

CIRCUS BUSCH
Tel. 7 1/2, 8 1/2, auch 31
Die Rosenlaube
in der Luft!
Manegeschaustück
Robinson Crusoe
ein großer Erfolg
Vkl. Werth u. Circus

Theat. u. Kothl. Tor
Tel. 8007, 10077
Sog. 7 1/2, 8 1/2, 9 1/2
Ein nachm. 2 U.
Elite-Sänger
10 Personen
Wihl: Komit
Hm. Kothl. Preile
Sog. 11-12, 13 u. 14

Reichshallen-Theater
Ailaben-Str. 7 1/2 Uhr u.
Sog. nachm. 11 U.
Stettiner
Sänger
Nachm.
halbe Pr.
Dobhoff-
Brettel
Ant. 7 1/2 Uhr

WINTERGARTEN
Reines
Varieté-Programm
Rauchen gestattet

Neue Welt
Arnold Scholz
Hansenheide 105-114
Heute, Donnerstag, 23. Februar 1922:
Elitetag
Bockbierfest
in den bay. Alpen
FLOTTER BETRIEB!
Groß-Schweineschlachten
30 bay. Madl. 8 Kapellen. Einlaß 8 Uhr

Gewaschen mit
Dixin
Henkel's
Seifenpulver
Preis: das Paket M. 4.⁰⁰

Soeben erschienen:
Sen.-Rat Dr. med. Brackmann:
Das Tuberkulose-Drama
Gründe, Scheingründe und Hintergründe
im Kampfe um ein Heilmittel.
Vorwort von
Geh.-Rat Prof. Dr. med. Carl Ludwig Schleich.
Preis Mark 5.-
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.
E. Fritz Greve, Verlag, Berlin W 57.

Verkäufe

Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100

Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100

Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100

Verkäufe

Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100

Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100

Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100

Verkäufe

Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100

Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100

Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100

Verkäufe

Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100

Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100

Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100

Verkäufe

Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100

Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100

Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100

Verkäufe

Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100

Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100

Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100

Verkäufe

Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100

Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100

Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100

Verkäufe

Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100

Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100

Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100
Waf. Teilzahlung
Bismarckstr. 100